„Herr Falkening!" rief jetzt eine Stentorstimme im Corridor.

Die Stimme mit dem harten Tone—konnte sie Jemandem anders angehören, als einem Diener des Gerichtes, einem Häscher? Arthur trat der kalte Angstschweiß auf die Stirne, als die Stimme in ganz gleicher Weise noch einmal seinen Namen rief.

„Gleich!" preßten seine Lippen jetzt hervor, hinter denen die Zähne ein ängstliches Aneinanderschlagen nicht unterdrücken konnten. Er stand auf, preßte seine Hand auf das klopfende Herz, während seine Linke die Platte des Sekretär krampfhaft gepackt hielt. Es dauerte dies Alles jedoch nur einen Moment; dann warf er die Gegenstände in den Sekretär, machte die Klappe zu, nahm das Licht in die Hand, ging auf die Thür zu, zog den sperrenden Riegel hinweg und öffnete dieselbe. Er war auf Alles gefaßt. Der Luftzug, durch das Oeffnen der Thür und das offen stehende Fenster entstanden, drückte das Licht zu einer kleinen blauen Flamme zusammen und löschte in demselben Augenblick die Flamme der auf dem Tische stehenden Lampe; trotz dieser schlechten Beleuchtung konnte Arthur deutlich die blanken Knöpfe der Uniform des Eintretenden erkennen.

„Sind Sie Herr Falkening?" fragte der Eingetretene in jenem Tone, der auf den dienenden oder gedienten Soldaten schließen läßt. Gerade dies bestärkte nun Arthur in der Meinung, daß der Abgesandte ein Diener des Gerichts sei.

„Ja, ich bin es!" antwortete er mit unsicherer Stimme.

„Ich überbringe Ihnen eine telegraphische Depesche aus Bremen!

Es kam Arthur, als würde ihm eine Centnerlast vom Herzen genommen. Für den Augenblick vermochte er die Depesche nicht zu öffnen, so hatte ihn das letzte Ereigniß angegriffen. Er sank in die Ecke des Sophas und faltete seine Hände, bis sich nach und nach seine Erregtheit abschwächte, das sieberhafte Durchkreisen des Blutes in seinen normalen Verkauf zurückgekehrt war und sich die bunt durcheinander regenden Gedanken zum klaren Denken wieder beruhigt hatten. Jetzt erst öffnete er das Couvert und las:

„Sofort nach Augsburg reisen. Bleichkammer und Knöpfen faul. Versuche Compensation mit Firma Mundlinger. Vollmacht und weitere Instruktion an Ort und Stelle. Es eilt.

Moritz Falkening."

So erwünscht ihm auf der einen Seite dieser plötzliche Aufbruch kam, um fern von dem Orte zu sein, an dem ihm doch möglicherweise irgend welche Gefahr drohen könne, so unlieb war ihm auf der anderen Seite der Befehl seines Vaters, weil er ihm die Gelegenheit und Möglichkeit abschnitt, mit Verena, in der er jetzt mehr als eine Freundin erblickte und erkannte, zu sprechen und fernere Schritte zur weiteren Entwickelung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen ihr und ihm thun zu können. Nach kurzem Ueberlegen setzte er sich an den Sekretär und schrieb:

„Geehrte Freundin!

Durch eine telegraphische Depesche meines Vaters bin ich gezwungen, zur Abwickelung eines höchst nothwendigen Geschäftes, sofort nach Augsburg zu reisen. Es ist mir für den Augenblick nicht möglich, zu bestimmen, wie lange mich die Angelegenheit dort aufhalten wird. Zur Begegnung etwaiger Eventualitäten füge ich Ihnen eine kleine Summe im Betrage von 2500 Thaler in guten Banktoten bei, welche Sie beliebig benutzen und als die Ihrige betrachten mögen. Erblicken Sie in meiner Handlungsweise nichts Anderes, als einen Beweis meiner Freundschaft, der ich mich ja durch Ihre Aussage versichert halten kann.—An den Bauer Hannes Müller in Ulmhosen wolle Sie gefälligst vorläufig 200 Thaler abgeben, da mir derselbe einen Dienst erwiesen, der für mich von ungeheurer Wichtigkeit gewesen ist.

Unter der Versicherung seiner aufrichtigsten Freundschaft zeichnet sich

Hochachtungsvoll

Arthur Falkening."

Ulhosen den....186*.

Als Arthur den Brief gesiegelt und dem herbeigerufenen Kellner befohlen hatte, ihn durch den Hausknecht wecken zu lassen, da er mit dem ersten Frühzuge wegfahren wolle, begab er sich zur Ruhe, die aber erst spät eintrat und dann noch durch die erlebten Bilder in ihrer bunten Wechselfolge gestört wurde und die ihn so lange quälten und beunruhigten, bis das Tageslicht in hehrer Pracht der aufstieg und ihn aus seinen Träumereien weckte. Er sprang auf und kleidete sich an. Eine Stunde später trug das Dampfroß den jungen Mann, nachdem er zuvor den Brief an Verena in den Briefkasten gesteckt hatte, unter den sonderbarsten Gefühlen auf dem eisernen Wege dahin.

(Fortsetzung folgt.)

Thierschutzverein von Pennsylvanien.

Der 6. Jahresbericht des Thierschutz Vereins von Pennsylvanien ist veröffentlicht worden. Die Einnahmen während des Jahres betrugen im Ganzen $8878,81, darunter $1418,38 von Strafgeldern und blieben am Schluß des Jahres noch $14 in der Kasse. Es wurden $1200 in 5prozent Elmira Bonds angelegt. Der Verein zählt 906 Mitglieder. Während des Jahres wurden in der Office 1600 Beschwerden eingetragen, welche 3634 Fälle von Grausamkeit gegen Thiere bestrafen und wurde in 268 Fällen eine Klage abhängig gemacht und in 199 eine Geldstrafe verhängt.

Der Bericht führt eine bittere Klage über die Grausamkeit der Viehhändler und Treiber beim Transport auf Eisenbahnen und gibt eine Liste, nach welcher während des Jahres von dem Vieh, welches nach Philadelphia transportirt wurde, 2003 Stück auf der Fahrt umkamen, darunter 75 Stiere, 20 Kühe, 22 Kälber, 1389 Schafe, 295 Schweine und 2 Pferde.

Rußland und die Jubel-Ausstellung.

Der russische Gesandte erklärt die neulich von London telegraphirte Nachricht, Rußland habe sich geweigert, Waaren zur Ausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 zu schicken, weil dieselbe ein Privatunternehmen sei, für falsch und sagt, daß die russische Regierung sich nie in solcher Weise ausgesprochen habe.

Die Staats-Zeitung.

J. Geo. Ripper, Box 19.
Herausgeber.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Februar 12, 1874.

An Rückständige.

Wir haben an eine Anzahl Abonnenten welche bei uns ziemlich „tief in der Kreide sind", Rechnungen geschickt, in der Hoffnung, daß sie solche noch vor dem ersten nächsten April, entrichten werden.

Tod eines berühmten Theologen.

David Friedrich Strauß, einer der berühmtesten Theologen in Deutschland, starb am letzten Montag in Berlin

Was es kostet.

Die Polizei-Bewachung des Capitols in Washington kostet die niedliche Summe von $58 256 jährlich! — Eine kostspielige Suppe.

Delano als Nachfolger.

Es heißt, daß an die Stelle des amerikanischen Gesandten Bancroft in Berlin, der am 1. Juli zu resigniren gedenkt, bereits Herr Delano, der gegenwärtige Minister des Innern, auserkoren sei.

Wahl eines Governörs.

Hr. James B. Groom, Demokrat, wurde am letzten Mittwoch von der Legislatur zum Governör von Maryland erwählt, um den durch die Erwählung des Achth. W. P. Whyte zum Bundes-Senator vakant gewordenen Termin auszufüllen.

Ein Wort an die Deutschen in Altoona.

Wir halten es für unsre Pflicht, ein wohlgemeintes Wort an die Deutschen Altoona's zu richten, das hoffentlich gute Aufnahme finden wird. Wie wir nämlich ersehen, so wurde bei der am 3. dieses Monats stattgefundenen Versammlung der demokratischen Delegaten von Altoona, Herr David Gilland als Candidat für das Mayoramt nominirt. Dies freut uns sehr. Hr. Gilland ist ein Freund der Deutschen, und kein politischer Drahtzieher; er ist ein Mann vom besten Charakter, von sehr liberalen Ansichten und besitzt bedeutende administrative Fähigkeiten. Jeder deutsche Bürger in Altoona ohne Unterschied der Parteifärbung, sollte für ihn stimmen, und daß auch Alle zu seinen Gunsten sind, steht zu hoffen, da die Deutschen sicherlich lieber für einen aufrichtigen, liberal gesinnten Mann stimmen, als für einen mit beschränkten, fanatischen Ansichten.

Col. McClure nochmals.

Wir haben bereits in voriger Nummer bekannt gemacht, daß die Demokraten von Philadelphia den unerschrockenen Führer der Reform-Partei, Col. Alex. K. McClure, als Candidat für das Mayoramt in jener Stadt empfohlen hätten.

Mit Ausnahme einiger schurkischen Drahtzieher und politischer Demagogen, wie Säm Josephs, Bill M'Mullin und mehrere andere ihres Gelichters, wird Col. McClure auch von allen Demokraten, von den besten Männern der Stadt auf's wärmste unterstützt, weil gerade er der Mann ist, der im Stande wäre, dem corrupten „Ring", welcher den Bürgern Philadelphia's die Taschen plündert, und die Stadt tief in Schulden gerissen hat, den Garaus zu machen.

Das Schweigen oder die Theilnahmlosigkeit des Philadelphia „Demokrat" an diesem Kampfe, erregt zwar einige Verwunderung; aber diese Theilnahmlosigkeit hat nicht viel zu bedeuten. Das Publikum ist nicht blind; es durchschaut ganz gut die Kniffe, welche dahinten stecken. Der „Demokrat" ist schon lange nicht mehr das tonangebende demokratische Blatt in Philadelphia, weßhalb auch sein Einfluß bedeutend gesunken ist. Der „Demokrat" wünschte einen gewissen Littleton als Candidat für Mayor ernannt zu sehen. Da nun aber die Masse der Demokraten diesen „Vogel" (Littleton) besser kannten als er, und ihn nicht nominirten, so fühlten sich die Herrn vom „Demokrat" nicht besonders geschmeichelt. Und Littleton, der ein in der Wolle gefärbter Radikaler ist, als er sah, daß die Demokraten ihre Pappenheimer kennen, und sich nicht behumbuggen ließen, erklärte sich zu Gunsten des radikalen Ring-Candidaten, Mayor Stokely, wie nicht anders zu erwarten war, denn „gleich und gleich gesellt sich gern". Diese „Rings" schmieren gerne, und — ja und, — nun sie schmieren Wen und Was sich schmieren läßt! —

Wir sagen hier den Bürgern Philadelphia's ein für allemal, daß gerade diese „Ring"-Verwaltung ihrer Stadt es ist, das die Bürger in anderen Theilen des Landes abhält, regeren Antheil an dem hundertjährigen Jubiläumsfeste zu nehmen! Schüttelt Philadelphia diese elende Stadtverwaltung ab, und erwählt Col. McClure als Mayor, so darf sie darauf rechnen, daß es bald besser, und die Jubiläumsfeier, ein glänzender Erfolg werden wird. Wir sind kein Prophet, aber wir sprechen hier „von der Leber" — aus dem Innersten unsres Herzens, weil wir es aufrichtig und wohl mit Philadelphia meinen; und mit uns gibt es noch viele Tausende, die derselben Ansicht sind.

— Zwanzig tausend Salmon-Fische wurden vor einigen Tagen in die Bald Eagle Creek in Clinton County gethan, an einem Platz, wo Fishing Creek nahe Milesburg in obige Creek mündet.

Wieder abgetrumpft.

Vor zwei Jahren war es der Wunsch einer großen Anzahl Deutscher beider Parteien in Pittsburg, den Hrn. Dr. Groß als Candidat für das Mayoramt aufzustellen. Hr. Groß der ein sehr prominenter Mann und Nro. 1 Republikaner ist, willigte auch dazu ein. Als aber der Tag der Nomination kam, wurde Hr. Groß mit einem „Floh im Ohr" heimgegeigt, und ein gewisser Morgan an dessen Stelle nominirt. Hr. Groß und seine Freunde steckten diese Zurücksetzung ein, um sich (was sich leicht denken läßt,) später dafür zu rächen. Die Folge war, daß der Candidat der Liberalen und Demokraten, Hr. Blackmore, als Mayor erwählt wurde.

Während dem jetzigen Wahlkampf ließ sich Hr. Dr. Groß, der den Schmerz der vorigen Wahl vergessen zu haben scheint, wiederum bewegen, als Mayors Candidat aufzutreten. In den Zeitungen konnte man tausend Namen lesen, die alle vorgaben, Freunde des Hrn. Groß zu sein. Es schien, als ob ganz Pittsburg und der übrige Welttheil ihn zum Mayor haben wolle, und daß es nur noch nöthig sei, Hrn. Groß als Herrscher der großen Stadt und den kleineren Städten einzuschwören.

Aber, oh weh, oh weh, du undankbare Welt! Während dem alles glatt und eben zu sein schien, und Hr. Dr. Groß den Mayorstitel bereits auf seinem Haupte glänzen sah, siehe! da kam ein ungebetener Gast, Namens M'Carthy, warf sich in die Zügel, und erobert die „Rauchstadt", indem es die Mehrheit der Delegaten erhielt und natürlich auch als Mayor nominirt wurde!

Da steigt Einem dach das Blut in den Kopf. Zweimal von seinen eigenen Freunden(?) verrathen zu werden! Das ist zu toll. Doch, nur ruhig Blut; die deutschen Republikaner in Pittsburg haben einen starken Magen; und obwohl sie vielleicht keine Schuhnägel schlucken können, so werden sie doch diesen zweiten Fußtritt eben so gut einstecken wie den vorigen. Sie sind ja Republikaner, und dürfen nicht gegen ihre eigene Partei stimmen, aus Furcht sie bekommen kein Brod! Sie sind ihre eigene und ihrer Herren Sklaven.

Da steht es bei den Demokraten doch noch etwas besser aus. Ihre Aussichten, bei der kommenden Wahl zu siegen, sind ganz gut. Wir möchten ihnen zurufen: „Frischen Muth, Demokraten! Stimmt für Hrn. Guthrie und die übrigen Candidaten auf eurem Ticket, und ein triumphirender Sieg über den nativistischen Radikalismus wird der Lohn sein.

In Allegheny haben die Radikalen einen gewissen „Billy Smith" für Mayor nominirt. Ein Deutscher, Namens Maul war auch ein Candidat, aber seiner „Billy" hat ihn gottsjämmerlich verbaumutzt. Da heißt's: „Halt's Maul, Billy has the floor!"

Das neue Wahl-Gesetz.

In Uebereinstimmung mit der neuen Constitution ist von der Legislatur unseres Staates ein neues Wahlgesetz angenommen und dasselbe bereits von Gouverneur Hartranft unterzeichnet worden, so daß es jetzt volle Kraft und Giltigkeit hat.

Das neue Wahlgesetz besteht aus 26 Abschnitten, welche wir nachfolgend in einem kurzen Auszuge mittheilen:

Abschnitt 1 bezieht sich auf die Pflichten der Assessoren, welche, je einer für jeden Distrikt, von den „Courts of Common Pleas" zu ernennen sind.

Abschnitt 2. Die Assessoren haben binnen 5 Tagen nach ihrer Ernennung die Assessments vorzunehmen und sodann dieselben den County-Commissärens zu überlassen, welche darauf bezügliche Abschriften den Wahlrichtern in jedem Distrikte, wenigstens 48 Stunden vor der Wahl, zustellen müssen.

Abschnitt 3. Die Assessoren sollen jene Listen, zwei Tage vor Ablieferung derselben an die Commissäre, von 10 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags, und von 6 Uhr Abends bis 9 Uhr Nachts zur Einsicht und Namens-Registrirung offen halten.

Abschnitt 4. Die „Court of Common Pleas" soll, auf Verlangen von 5 oder mehr Bürgern, zwei nüchterne und zuverlässige Aufseher (1 von jeder Partei) ernennen, welche bei der Wahl den Richtern beizustehen und die Stimmkasten zu überwachen haben, so daß keine Schwindeleien vorkommen.

Abschnitt 5. Es sollen die Wahlen zwischen 7 Uhr Morgens und 7 Uhr Abends gehalten werden.

Abschnitt 6. Vacanzen in den Wahlrichter-Boards sollen von der „Court of Common Pleas" gefüllt werden.

Abschnitt 7 bezieht sich auf die Besetzung erledigter Stellen am Morgen des Wahltages.

Abschnitt 8. Die Wahlrichter sollen einen Registratur-Inspektor und einen Stimmen-Verzeichner ernennen.

Abschnitt 9 betrifft das Zählen der Stimmen, das Recht des Wählers, seinen Namen auf den Zettel zu schreiben, und die Einschwörung der Wahlbeamten.

Abschnitt 10 bestimmt, daß eine nichtregistrirte Person am Wahltage wenigstens einen qualifizirten Bürger mitbringen soll, welcher zu schwören hat, daß besagte Person wenigstens 2 Monate vor der Wahl in dem betreffenden Distrikte wohnte, — und die das Stimmrecht beanspruchende Person soll unter Eid ihren Wohnplatz, wie die Zeit und den Ort ihrer Geburt angeben und erklären, daß sie ein Bürger der Vereinigten Staaten wenigstens einen Monat war und im Staate ein Jahr lang wohnte; oder daß sie, wenn weggezogen und zurückgekehrt, wieder 6 Monate im Staate und 2 Monate in Distrikte vor der Wahl gewohnt hat; daß sie nicht in den Distrikt gezogen ist, um zu stimmen; daß sie, wenn über 22 Jahre alt, eine Staats- oder County Steuer innerhalb 2 Jahren bezahlt hat, assessirt wenigstens 2 Mongte und entrichtet wenigstens einen Monat vor der Wahl. Auch muß sie angeben, wann und wo die Steuer auferlegt und wann und wo dieselbe bezahlt wurde. Wenn naturalisirt, dann hat sie eidlich mit zutheilen, wo sie naturalisirt wurde, und ihren Naturalisations-Schein vorzuzeigen. Wenn jedoch ein Stimmrechts-Beanspruchender das Affidavit abgiebt, daß er eingeborener Bürger der Ver. Staaten oder sonstwo geboren, aber durch seines Vaters Naturalisation zum Stimmen berechtigt, 21 Jahre und weniger als 22 Jahre alt und den Bestimmungen in Betreff des Aufenthaltes im Staate ꝛc. nachgekommen ist, dann soll er das Stimmrecht ausüben dürfen, auch wenn er keine Steuer bezahlt hat.

Abschnitt 11 berechtigt irgend einen qualifizirten Bürger des Distriktes zum Beanstanden (challenge) einer Stimme, auch wenn der Name ihres Abgebers sich auf dem Verzeichnisse der Steuerbezahler befindet.

Abschnitt 12 fixirt die Strafe für jeden Wahlbeamten, welcher sich weigert oder versäumt, den Beweis für das Stimmrecht zu verlangen und die Vorschriften des Gesetzes zu erfüllen.

Abschnitt 13 verpflichtet die Wahlrichter, Triplicat-Returns auszustellen und sie zu unterzeichnen. Sobald die Stimmen gezählt sind, soll das Resultat der Wahl vom Fenster des Stimmplatzes aus den anwesenden Bürgern bekannt gemacht und eine Abschrift davon an die Thüre zur allgemeinen Information angeschlagen werden.

Alle Wahlrichter, welche innerhalb 12 Meilen vom Courthause oder 24 Meilen davon an einer Eisenbahn wohnen, sollen die Returns vor 2 Uhr am Tage nach der Wahl, und wenn die Distanz größer ist, vor 12 Uhr am zweiten Tage nach der Wahl dem Prothonotare abliefern, welcher dieselben sodann der „Court of Common Pleas" zur Durchsicht und Recordirung mitzutheilen hat.

Abschnitt 14 bevollmächtigt das Gericht zur Anstellung von Assessoren an jenen Plätzen, wo keine erwählt wurden.

Abschnitt 15 betrifft die Erwählung von Wahlrichtern und Assessoren bei der kommenden Februar Wahl.

Abschnitt 16 legt den Assessoren die Pflicht auf, binnen 5 Tagen nach ihrer Ernennung, ein Verzeichniß der Stimmgeber anzufertigen.

Abschnitt 17 ertheilt den Wahlrichtern, Inspektoren und Assessoren die Befugniß, jenen Personen, welche Assessment oder Stimmrecht beanspruchen, den Eid abzunehmen.

Abschnitt 18 stipulirt die Vergütung der Assessoren und verbietet ihnen die Assessirung irgend einer Person binnen 61 Tagen vor der gewöhnlichen November-Wahl.

Abschnitte 19, 20 und 21 setzen die Strafen für die unter dem neuen Wahlgesetze vorkommenden Vergehen fest.

Abschnitt 22 verpflichtet den Staatssekretär, Blank-Formulare für Wahlzwecke den County-Commissairen zuzusenden, welche so dann Copien davon den Wahlbeamten mittheilen sollen.

Abschnitt 23 betrifft die Art und und Weise der Abhaltung von Spezial-Wahlen.

Abschnitt 24 bezieht sich auf die Commissäre der Stadt Philadelphia.

Abschnitt 25 bestimmt, daß alle auferlegten und eingetriebenen Strafgelder dem Schulfond des betreffenden County's zufließen sollen.

Abschnitt 26 widerruft alle mit dem neuen Gesetze nicht übereinstimmende Akten.

Eintheilung der Gerichtsdistrikte des Staates.

Das Folgende zeigt die Eintheilung des Staats in Gerichte unter der neuen Constitution, nach dem vom Comite für Justizwesen im Senat eingebrachten Gesetzentwurf:

1ster Distrikt—Philadelphia, zwei weitere Richter.
2ter Distrikt—Lancaster.
3ter Distrikt—Delaware.
4ter Distrikt—Chester.
5ter Distrikt—York und Adams, ein weiterer Richter.
6ter Distrikt—Camberland und Perry.
7ter Distrikt—Franklin und Fulton.
8ter Distrikt—Bedford und Somerset.
9ter Distrikt—Huntingdon, Blair u. Cambria.
10ter Distrikt—Indiana.
11ter Distrikt—Luzerne, ein weiterer Richter.
12ter Distrikt—Dauphin und Lebanon, ein weiterer Richter.
13ter Distrikt—Berks.
14ter Distrikt—Fayette.
15ter Distrikt—Schuylkill.
16ter Distrikt—Bucks.
17ter Distrikt—Montgomery.
18ter Distrikt—Lehigh.
19ter Distrikt—Northampton.
20ster Distrikt—Susquehanna.
21ster Distrikt—Wayne, Pike, Monroe und Carbon.
22ster Distrikt—Bradford.
23ster Distrikt—Columbia, Sullivan und Wyoming.
24ster Distrikt—Northumberland und Juniata.
25ster Distrikt—Union, Snyder, Mifflin und Montour.
26ster Distrikt—Clearfield, Centre u. Clinton, ein weiterer Richter.
27ster Distrikt—Lycoming.
28ster Distrikt—Tioga, Potter, McKean und Cameron.
29ster Distrikt—Erie und Warren.
30ster Distrikt—Crawford.
31ster Distrikt—Venango u. Forrest.
32ster Distrikt—Jefferson, Clarion u. Elk.
33ster Distrikt—Armstrong.
34ster Distrikt—Butler und Lawrence, ein weiterer Richter.
35ster Distrikt—Mercer.
36ster Distrikt—Beaver.
37ster Distrikt—Green.
38ster Distrikt—Washington.
39ster Distrikt—Allegheny.
40ster Distrikt—Westmoreland.

Durch die Verordnungen der Bill wird die Zahl der Richter um 15 erhöht.

Der Governör ist angewiesen, die jetzigen Richter zum Abhalten der Gerichtssitzungen wie bisher zu ermächtigen.

Senator McSherry stellte ein Amendement, welches verordnet, daß die weiteren rechtskundigen Richter für York und Adams in Adams County wohnen müssen.

Dies wird wahrscheinlich der Bill, ehe sie im Hause passirt, hinzugefügt werden. Die Bill wird von den meisten Senatoren für sehr liberal erachtet.

Es werden Anstrengungen gemacht werden, um die Distrikte von Perry und Juniata zu vereinigen und den von Cumberland für sich bestehen zu lassen.

Das zur Berathung über Brockways Bill für die Veröffentlichung gesetzlicher Anzeigen in den Blättern niedergesetzte Conferenz-Comite war am Freitag Nachmittag zwei Stunden in Sitzung und berichtete zu Gunsten der Streichung der Worte: „zwei politischen Blättern und den deutschen und wallisischen" aus der Bill.

Das Treiben der Temperenzler.

In den westlichen Staaten, besonders in Ohio und Indianer, haben die Temperenzler angefangen, ihren Unfug auf die Spitze zu treiben. Sogar Frauen, (solche die nichts besseres zu thun wissen) haben angefangen, Betstunden vor und in den Wirthschaften zu halten, um die Wirthe zum Schließen ihrer Lokale zu veranlassen. Theilweise haben sie ihren Zweck erreicht, denn sie erscheinen in zu großer Zahl, als daß der Wirth sich gegen sie zu schützen vermöchte und deshalb des lieben Friedens wegen das Lokal schließt, um es wahrscheinlich nach einigen Tagen wieder zu öffnen. In Circleville, Ohio, aber hat Hr. Martin Barry 75 Weiber von New-Holland, die sein Lokal täglich heimsuchten und stundenlang laut beteten, so daß er Gefahr lief, wie er sagt, verrückt zu werden, wegen Störung seines Geschäfts verklagt. Der Fall wird in der Court of Common Pleas zur Verhandlung kommen und da Barry mehrere der besten Advokaten engagirt hat, so steht man dem Prozesse mit großem Interesse entgegen. Barry wird ohne Zweifel von den übrigen Wirthen des Ortes unterstützt.

Auch in dem Yankeestaat Massachusetts, wo die Narren zu Hause sind, haben die Temperenzler angefangen, Gebetsübungen in den Wirthschaften zu halten. 20 Prediger haben sich zu dem Zwecke zusammengethan und ein Subcomite ernannt, um die Bewegung in Worchester zu inauguriren.

Deutschland und sein Kirchenstreit.

Der „Weltbote" von Allentown, Pa. bringt unter obigem Titel folgenden Aufsatz:

„Deutschland ist nun ein einiges, großes und mächtiges Reich geworden, sein Einfluß auf die Geschicke der Völker fängt an, sich immer mehr zu offenbaren. Was hatten noch früher die Mächtigen der Erde um das machtlose, zerstückelte, Deutschland gegeben!—Höchstens bolte man sich Frauen aus den alten deutschen Fürstenthümern—jetzt ist es anders geworden. Schon im Jahre 1872 besuchten die Herrscher von Rußland und Oestreich den neuen Kaiserhof in Berlin und auch im letzten Jahre fanden sich fremde Majestäten ein. Aus dem fernen Orient erschien ein Fürst, der Schah von Persien, um den deutschen Kaiser zu begrüßen. Dieser „König der Könige" machte sich freilich nur bemerkbar durch seinen leuchtenden Brilliantschmuck und durch seine orientalische Unreinlichkeit. Ihm folgte der König von Italien. Politische Gründe trieben den Italiener über die Alpen, um Deutschlands Freundschaft zu suchen, um sie in vorkommenden Fällen der Noth zu verwerthen.....

Ein gefährlicher Wurm nagt gegenwärtig in den Eingeweiden des jungen Deutschlands, der viele Zerstörung anrichten kann. Es ist der Kirchenkrieg, der in Preußen zuerst sich zeigte. Den Anstoß dazu gab das bekannte Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes. Die deutschen Bischöfe unterwarfen sich demselben.—Preußen antwortete darauf mit der Austreibung der Jesuiten und aller verwandten Orden. Die Maigesetze folgten. Die Bischöfe konnten und wollten sich diesen Gesetzen nicht fügen, sie schnitten zu tief in ihr Amt und in die römisch katholische Religion ein. Sie amteten wie vorher, ehe diese Gesetze erlassen wurden. Sie erklärten, daß nur der Oberhirte in Rom ihnen auf dem Gebiete der Kirche etwas zu befehlen habe. Das weltliche Gericht legte Strafe zu Strafe, aber umsonst, die Bischöfe geben nicht nach. Ein geistlicher Gerichtshof wurde in Preußen errichtet, aber die Bischöfe erkannten ihn nicht an. Die Bischöfe mögen zum Gefängniß oder Exil verurtheilt werden, sie stehen fest. Der Bischof von Gnesen und Posen, der hartnäckigste, läßt sich aus dem Lande verweisen, er spottet darüber, er geht nur nach Oestreich, wo ein Theil seines Kirchensprengels liegt, und amtet von dort aus, wo die Preußen ihm nichts anhaben können, und seine Kirchkinder sagen, „wir werden seiner Stimme gehorchen, wo er immer sein mag."

Fürst Bismarck, der die Zügel der preußischen Regierung auf's neue ergriffen hat, und sein Cultusminister Falk mögen die Kirchengesetze durch den Landtag in Preußen verschärfen lassen, unbeugsame Bischöfe und Priester in's Gefängniß werfen oder verbannen, aber was wird das Ende davon sein? Der Staat hat zwar die Mittel, er kann durch Gewaltmaßregeln die Gesetze durchführen, aber es wird ihm nicht gelingen, bei der Masse des römisch katholischen Volkes im In- und Auslande den Schein eines Verfolgers der Kirche und der Religion von sich zu wälzen. Als ein schneidiges Mittel, welches die Regierung gegen die römische Kirche gebraucht, ist die Anerkennung der Organisation der „Altkatholiken", mit dem „Bischof" Reinkens an ihrer Spitze. Der neue Bischof leistete den vorgeschriebenen Treueid und bei Androhung der höchsten Ungnade gebietet der König seinen Unterthauen. Dr. Joseph Hubert Reinkens als („katholischen") Bischof anzuerkennen. Die Gunst der Regierung wird nun den „Altkatholiken" reichlich zu Theil werden in den preußischen Landen. Auch andere deutsche Staaten werden nicht zögern, den Bischof anzuerkennen.

Aber nicht bloß die römisch-katholische Kirche fühlt die wüchtigen Schläge des Staates, auch ein Theil der evangelischen Kirche wird getroffen. Bekenntnißtreue lutherische Pastoren in Hessen fühlen sich in ihren Gewissen gebunden, sich dem neuen octroyirten Kirchenregimente daselbst nicht zu unterwerfen,—aber was sich nicht biegen will, muß brechen. Die treuen Hirten werden ihrer Aemter entsetzt. Selbst weltliche Beamten, welche den schwer Heimgesuchten doch Wort oder That ihre Theilnahme bewiesen, erhielten von Oben herab Verwarnungen.

Viele begrüßen den Kampf der Regierung gegen die Kirche mit großer Begeisterung, nicht blos deswegen, weil sie hoffen, daß die Macht des Papstthums in Deutschland gebrochen werde, sondern weil sie überhaupt Feinde aller positiven Religion und des Christenthums sind, die es gerne sehen würden, wenn alle Kirchen geschlossen oder zu weltlichen Zwecken verwendet würden. Der Staat kann in der Jetztzeit, um sich haltbar zu machen, sich nur der Stimme der Mehrheit anschließen, und diese ist antichristlich.

„Das einzige Mittel (fährt der Weltbote fort) zur Rettung, ist die Lostrennung der Kirche vom Staate. Ein neuer gottgefälliger Aufbau. Da wird es sich dann entscheiden, ob ein Volk vorhanden ist, das willig ist, für das Reich Gottes seine Opfer zu bringen und um das Panier des Kreuzes sich zu sammeln."

Congreß-Verhandlungen.

Washington, 5. Februar.

Haus.

Mr. Wilson, Ind., überreichte vier Petitionen über Angelegenheiten des Distrikts of Columbia und nahm Bezug auf mehrere Zeitungsartikel, welche Irrthümer in Bezug auf das Verhalten des Sprechers in dieser Sache enthielten. Mr. Wilson setzte weitläufig auseinander, weßhalb er nicht das Wort erhalten, und der Sprecher ihm gestatte, heute erst einen Antrag auf Suspendirung der Regeln einzubringen.

Der Sprecher erklärte, daß, wenn er von der Wichtigkeit eines zu stellenden Antrags unterrichtet werde, er es für seine Pflicht halte, dafür zu sorgen, daß derselbe dem Hause vorgelegt werde.

Mr. Wilson brachte dann eine gemeinschaftliche Resolution beider Häuser ein. Dieselbe setzt ein gemeinschaftliches Select-Committee beider Häuser ein, um zu untersuchen, ob in dem Distrikt of Columbia ungesetzliche Contrakte abgeschlossen wurden für öffentliche Verbesserungen; ob ungesetzliche Assessments und Taxen auferlegt worden; wieviel die wirklichen Kosten der Verbesserungen betragen; ob correkte Vermessungen vorgenommen worden; wie groß die Verschuldung in Folge der Verbesserungen sei und wieviel von den Schulden für Regierungs-Eigenthum contrahirt worden und wieviel dafür schicklicher Weise aus dem Bundesschatz bezahlt werden sollte.

Mr. Kasson, Iowa, schlug vor hinzuzufügen, ob irgend ein Amendement zu dem Grundgesetz nothwendig sei, um die Rechte von Bürgern und Verausgabung und Einkassirung von Geldern besser zu schützen. Mr. Kasson erwähnte, daß die Lehrer an den öffentlichen Schulen seit letztem September nicht bezahlt worden seien.

Mr. Cox, N. Y., sagte daß die Polizei seit letztem Mai nichtbezahlt worden sei.

Mr. Poland, Vt., sprach über eine von ihm über den Gegenstand eingebrachte und angenommene ähnliche Resolution. Er war der Ansicht, daß die Untersuchung von dem ständigen Committee des Distrikt of Columbia geführt werden sollte.

Mr. Hale, N. J., Vorsitzender des Committees, war für Verweisung der Sache an das Select-Committee.

Der Vorschlag des Mr. Kasson wurde angenommen und die Resolution, wie amendirt, passirt.

Der Sprecher ernannte folgende Herren zu Mitgliedern des Select-Committees: Wilson, Ind.; Hale, N. J.; Hubbell, Mich.; Clymer, Pa. und Jewett, Ohio.

Mr. White, Ala., überreichte Anklageartikel gegen Richard Busterd, Ver. St. Distrikt Richter von Alabama. Dieselben wurden zum Druck beordnet.

Auf Antrag des Mr. Buckingham wurde die Bill in Betreff von Bounties aufgenommen und passirt.

Die Bill bewilligt Allen, welche dem Aufruf des Präsidenten vom 3. Mai und vor dem August 1861 Folge leisteten und in die Armee eintraten eine Bounty von $100, im Falle dieselbe noch nicht bezahlt sein sollte.

Verhandlungen der Gesetzgebung.

Senat.

Folgende Bills wurden von den Committees zur Annahme einberichtet:

Die Senat Bill in Bezug auf die Anfertigung einer Karte des Staates und die Bewilligung von $20,000 zu diesem Zwecke kam zur Berathung.

Mr. Wallace erklärte, die Bill umfasse zwei definitive Propositionen und sei deshalb unconstitutionell.

Die Bill wurde zurückgelegt.

Mr. Chalfand legte eine Petition von 2000 Bürgern von Williamsport um den Widerruf des Lokal Option Gesetzes vor.

Haus.

Die Resolution, welche den Staatssekretär auffordert, eine Liste der Zeitungen einzureichen, in welchen die neue Constitution publizirt worden, mit Angabe des von jeder Zeitung für berechneten Betrags, wurden vor Mr. Orvis aufgerufen und passirt.

Mr. Orvis rief die Resolution auf, den Governör um einen Bericht darüber zu ersuchen, wieviel Geld in dem Staatsschatz sich befinde, wo dasselbe deponirt und wie es geschiert ist, nebst einem Anschlag des Betrages, welcher für laufende Ausgaben nothwendig erscheinen mag; ferner um Information, welche der Governör für erforderlich hält, die Bestimmungen der Constitution in Bezug auf die öffentliche Schuld und die öffentlichen Fonds auszuführen.—Die Resolution wurde passirt.

Die Hausbill über die Festsetzung des Gehalts der Richter wurde in Berathung genommen.

Die Bill bestimmt für den Chef Justice $9000, für Associate Justices $8000, Richter der Common Pleas von Allegheny und Philadelphia $7000, und für County-Richter $5000.

Mr. Ramey opponirte der Gehaltserhöhung während man zugleich die Arbeit durch Vermehrung der Zahl der Richter verringere. Er beantragte für Chief Justice nur $7000, Associate Justices $7000, für die Allegheny und Philadelphia Richter $5000, und für County-Richter $4000.

Mr. Ramey hielt eine längere Rede gegen die hohen Gehalte, sowie dagegen, daß ein County-Richter ein geringeres Gehalt beziehen solle, als dessen Collegen in der Stadt, obgleich derselbe im Laufe des Jahres ebensoviel Arbeit verrichte.

Mr. McCormick, Sprecher, sagte, daß die Philadelphier Richter bereits $7560 Gehalt bezögen und nach der Schedula der neuen Constitution nicht gezwungen werden könnten, weniger zu nehmen. Der Grund, weßhalb man den Richtern in der Stadt ein höheres Gehalt bezahle, sei der, daß das Leben in der Stadt mehr koste, als auf dem Lande. Das Volk des Staates wolle seinen Richtern gute Gehalte bezahlen.

Mr. Ramey erwiderte, daß der Staat nicht das ganze Gehalt der Philadelphier Richter bezahlt, sondern die Stadt habe einen Theil davon getragen. Es sei deßhalb in Uebereinstimmung mit der Constitution, wenn die Legislatur den Richtern von Philadelphia nur $5000 aussetze.

Mr. Newmyer sprach zu Gunsten des hohen Gehalts, da man nothwendiger Weise für die Richterbank die besten juristischen Kräfte sichern müsse.

Mr. Brockaway sprach seinen Widerwillen gegen den „Cheap John" Styl bei Festsetzung dieser Gehalte aus. Der Arbeiten des Richters hören nicht auf, wenn derselbe seinen Sitz verläßt.

Mr. Ramey behauptet, daß nicht zwei Drittel der Richter eine